



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Abnahme der Einwanderung in Südbrasilien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Parlament wieder zu stärken und eine Massenherrschaft um jeden Preis zu verhindern; denn es kommt im Staate niemals darauf an, das zu verwirklichen, was die augenblickliche Mehrheit will oder angeblich will, sondern das für die Gesamtheit Gerechte und Nützliche. R. Lamprecht (II, 2, 202 f.) glaubt eine Umgestaltung der Volksvertretung im Anschluß an „die großen Verbände sozial-politischen Charakters,“ also eine Berufsvertretung einigermaßen analog den alten Ständen voraussetzen zu dürfen, bei der dann auch die mit dem Übergewicht der materiellen Interessen allzusehr zurückgedrängten „spezifisch geistigen Berufsklassen, die Kopfarbeiter,“ wieder mehr zu Worte kommen würden, und ähnliche Ansichten sind auch sonst schon aufgetaucht. Gar so lange wird die Lösung dieser schwierigen Frage nicht mehr hinausgeschoben werden dürfen. Jede Verfassung ist um des Staates und des Volkes willen da, nicht umgekehrt, und das Volk ist nicht gleichbedeutend mit der zahlenmäßigen Mehrheit.

*



Die Abnahme der Einwanderung in Südbrasilien



Südbrasilien wird heute von vielen Seiten als ein Auswanderungsziel angesehen, das mannigfache Vorzüge vor andern Auswanderungszielen habe. Merkwürdigerweise hat es nun den Anschein, als ob die Auswanderung nach Südbrasilien um so schwächer werde, je mehr das Land zur Niederlassung für Kolonisten angepriesen wird.

Der Staat São Paulo hatte früher schon eine Einwanderung von mehr als 150 000 Seelen jährlich, meistens Italienern, die sich als Plantagenarbeiter verdingten. Im Jahre 1900 war diese Zahl auf 22 000 gefallen, 1901 kamen 71 000, 1902 dagegen wieder nur 40 000 an, darunter 29 000 Italiener, 5000 Portugiesen, 3000 Brasilianer (aus andern Brasilstaaten zugewanderte), 2000 Spanier usw. Der Staat Santa Catharina hat in frühern Zeiten schon fast 5000 Einwanderer in einem Jahre gehabt, meist Deutsche und Italiener. In den letzten Jahren hielt sich die Einwandererzahl unterhalb 1000, zum größern Teile waren es Deutsche. Der Staat Rio Grande do Sul hatte einst schon eine Jahreseinwanderung von ebenfalls 5000 Seelen, in älterer Zeit meist Deutsche, später auch zahlreiche Italiener. Seit Jahren schwankt aber die Einwanderung zwischen 1000 und 2000 Seelen und wird offenbar immer geringer. Davon entfallen nur noch etwa 8 Prozent auf deutsche Einwanderer. Die meisten sind Italiener und Portugiesen; Polen, Spanier, Griechen, Serben, Bulgaren, Türken, Araber und ähnliche interessante Völkerschaften stellen den Rest.

Wenn sonst irgendwo ein neues Land besonders günstige Bedingungen für das Fortkommen von Einwanderern darbietet, so pflegt die Einwandererzahl zuzunehmen, nicht aber zurückzugehen wie hier. Alle Kenner Brasiliens stimmen in dem Urteil überein, daß diese günstigen Bedingungen früher zu finden waren und auch in Zukunft voraussichtlich wieder zu finden sein werden. Der

wirtschaftliche Rückgang, die allgemeine Krise der letztverfloffenen Zeit sind hinreichende Erklärungsgründe für die Abnahme der Einwanderung. Auch in Nordamerika sehen wir zu Zeiten wirtschaftlicher Krise den Einwandererstrom schwächer werden. Krisen aber von einer Schärfe, wie sie Brasilien in den letzten sieben Jahren durchgemacht hat, wären anderswo unerhört und mußten gewaltigen nachteiligen Einfluß sowohl auf das Leben des ganzen Volks als auf die Einwanderung und die Kolonisation ausüben. Aber die Lebenskraft dieses jungen Landes ist so groß gewesen, daß es heute ohne Bundesstaatsbankrott die Krise schon halb und halb überwunden hat. Alle finanziellen Verpflichtungen dem Auslande gegenüber sind prompt eingehalten worden, obgleich das vorher von Argentinien gegebne Beispiel dazu verlocken mochte, einen Teil der eingegangnen Verbindlichkeiten auf Kosten der Gläubiger abzulösen und von sich abzuwälzen.

So gerecht diese Anerkennung vom Standpunkte des Auslandes, der Finanzwelt aus erscheint, werden wir doch bei der Betrachtung der einzelnen Erscheinungen, die die Krise begleiteten, eine große Zahl Mißgriffe und Mißstände entdecken, durch die erst die abnorm lange Dauer der Wirtschafts- und Geschäftskrise ihre Erklärung findet, und durch deren Fortbestehn auch heute noch das wirtschaftliche Wiederaufblühen sichtbar gehemmt, erschwert und verzögert wird.

Als sich 1895 nach der Überwindung der Revolutionsperiode die Bundes-schuld Brasiliens von etwa einer Milliarde Milreis (1890) auf etwa zwei Milliarden erhöht hatte, und zur Konsolidierung der neuen schwebenden Schulden ganz besond're Maßnahmen nötig wurden, die in dem funding loan-Vertrage einige Jahre später ihren endgiltigen Ausdruck fanden, trat als erste dringende Notwendigkeit die zutage, die Steuererträge so zu erhöhen, daß die Bundeskasse einen jährlichen Überschuf von vierzig bis fünfzig Millionen Milreis aufzuweisen vermochte. Dieser Überschuf sollte zur Verminderung des übermäßigen Papiergeldes dienen und ist annähernd wirklich erreicht worden, wenn auch unter Bedingungen, die für Handel und Wandel vernichtend waren. Das angewandte Steuerverfahren war durchaus verkehrt. Kapital und Einkommen blieben wie vorher steuerfrei, dagegen wurden Handel, Verkehr, Industrie und Arbeit einseitig belastet, und zwar oft nach den widersinnigsten Methoden, sodaß Tausende von Existenzen dadurch zerstört wurden.

Verschlimmert wurde die Sachlage durch den andauernden Rückgang der Marktpreise bei einer Anzahl der wichtigsten Landesprodukte. Die Zuckerproduktion in Mittel- und in Nordbrasilien wurde unrentabel, und es ist fast ein Wunder zu nennen, daß die Zuckerfabriken, die jahrelang ohne Gewinn arbeiteten, nicht zahlreicher den Betrieb einstellten. Der Kaffeebau in Mittelbrasilien, der bisher als die Hauptgrundlage des Nationalwohlstandes angesehen wurde, wurde zwar durch das starke Sinken der Kaffeepreise nicht geradezu unrentabel, aber er wirft seither vielleicht nur noch den zehnten Teil des Gewinnes ab, der früher damit erreicht wurde. Mais, schwarze Bohnen und Mandiokamehl, früher die Hauptprodukte Südbrasilens, litten und leiden andauernd nicht so sehr unter niedrigen Marktpreisen als unter dem Mangel billiger Frachten; die Spesen des Transports nach den Konsummärkten, erhöht durch munizipale, staatliche und

bundesstaatliche Abgaben, sowie oft noch durch zwischenstaatliche Importzölle, verschlingen fast den Wert der Ware, sodaß den Produzenten nur ungenügender Gewinn bleibt.

Die bundesstaatlichen Exportzölle durch Einkommensteuern zu ersetzen ist erst dem gegenwärtigen Finanzminister in den Sinn gekommen, und wer weiß, ob seine Pläne nicht an dem Widerstande der besitzenden Klassen scheitern werden. Dem Kaffee, dem Maté, dem südbrazilianischen Tabak u. a. Ausfuhrprodukten kann aber nur durch die Abschaffung aller bundesstaatlichen und kommunalen Ausfuhrsteuern wesentlich geholfen werden. Die riograndenser Staatsregierung hat im letzten Jahr eine Grund- und Bodensteuer eingeführt mit dem Versprechen, die staatlichen Exportsteuern abzuschaffen; aber wer weiß, ob bei der herrschenden Geldknappheit nicht beide Steuern bestehen bleiben. Tatsächlich werden bis heute beide zugleich erhoben.

Überall sehen wir, daß bei der Steuererhebung nicht danach gefragt wird, wer etwas hat und am meisten leisten kann; sondern jeder, der etwas arbeitet, verdient oder erst verdienen will, wird zu willkürlich normierten Leistungen herangezogen, die oft wie Prohibitivsteuern auf Industrie und Produktion einwirken. Handel und Warenaustausch finden Hindernisse, Umständlichkeiten, Verzögerungen und Unkosten auf Schritt und Tritt. Unter dem Titel statistischer Aufnahmen hat jedes Gut, ehe es zur Beförderung zugelassen wird, erst einen komplizierten Prozeß der Registrierung durchzumachen, dessen labyrinthische Irrgänge dem Laien unentwirrbar sind, sodaß er die kostspieligen Dienste besondrer Beamten, sogenannter Despachanten, in Anspruch nehmen muß. Dabei ist aber von diesen Verkehrsstatistiken noch nie etwas Brauchbares veröffentlicht worden. Die Eisenbahnfrachten sind übermäßig teuer, sogar auf Privatbahnen, weil die Gesellschaften nicht prozentweise nach ihren Reineinnahmen belastet werden, sondern indirekt auf alle mögliche Art und Weise, die den Betrieb und die Verwaltung verteuern. Dazu tritt noch eine bundesstaatliche Transportsteuer von zehn Prozent der Transportpreise.

Noch viel schlimmer ist es um den Schiffsverkehr bestellt. Die allermeisten Produkte Südbraziliens werden in Brasilien selbst konsumiert, sodaß die Küstenschifffahrt, solange sich das Eisenbahnnetz nicht zweckentsprechend entwickelt und vergrößert, hervorragende Bedeutung hat. Früher war die Küstenschifffahrt auch sehr schön geregelt und entsprach den Anforderungen, die man daran zu stellen berechtigt ist. Seitdem sie aber nationalisiert und damit Monopol einheimischer Gesellschaften geworden ist, begannen die Übelstände sich zu zeigen und immer deutlichere Formen anzunehmen. Der Ausschluß der Konkurrenz erzeugte teure Frachten und Fahrpreise sowie Vernachlässigung der Interessen des Handels. Die Wirtschaft ist so, daß sie ans Unglaubliche streift. Dabei warfen die Schifffahrtsunternehmungen zu der Zeit der freien Konkurrenz meist recht guten Gewinn ab. Heute arbeitet die Hauptgesellschaft, der Novo Lloyd Brasileiro, mit beständigen Defizits, und zwar trotz bundesstaatlicher sehr hoher Subvention. Auch in diesem Augenblick wieder steht sie vor dem Bankrott und verlangt zu dessen Abwendung von der Bundesregierung neue pekuniäre Opfer.

Daß solche Zustände auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens nicht

anziehend auf die europäische Auswanderung wirken konnten, liegt auf der Hand, und es werden manche ernsthafte Reformen durchzuführen sein, ehe sich das bessert. Man darf glücklicherweise sagen, daß von der Regierung schon einige wesentliche Reformen geplant werden, deren Durchführung wohl auch früher oder später erfolgen dürfte. Aber auch noch auf andern Gebieten wird Umkehr vonnöten sein, ehe der europäische Auswanderungslustige wieder Vertrauen zu Brasilien oder sagen wir genauer: zu Rio Grande do Sul, dem südlichsten Staate, gewinnen kann, der einst neben Santa Catharina die Hauptanziehungskraft auf Auswanderer, die freie Bauern werden wollten, ausübte.

Von Santa Catharina darf man sagen, daß dort der Nativismus nie besonders stark in die Verwaltungs- und die Regierungskreise eingedrungen ist. Leider aber läßt sich von Rio Grande do Sul nicht dasselbe behaupten. An der Spitze der Ackerbaurepartition steht hier ein Mann, der wiederholt in offiziellen Schriftstücken behauptet hat, die bisherige Einwanderung sei ein Übel für das Land gewesen. Dieser Ansicht entsprechend war sein Verhalten. Die frühern Freipassagen für europäische Auswanderer wurden aufgehoben, was übrigens auch im übrigen Brasilien mit Ausnahme von São Paulo geschah, das nach wie vor Plantagenarbeiter brauchte; doch geschah es anderswo ohne offizielle Betonung des durchaus nicht stichhaltigen Grundes. Die naturalisierten Eingewanderten und deren Nachkommen, soweit sie nicht die Stammsprache aufgeben wollten, haben in Rio Grande do Sul manche Zurücksetzung erfahren. Früher hatte das Deutschtum vier Vertreter in der assemblea des Staates, seit Jahren keinen einzigen. In den Munizipalverwaltungen der Koloniestriche hatten früher die Nichtlusitaner maßgebenden Einfluß; heute stehen sie sozusagen unter einer Art Fremdherrschaft, d. h. die Verwaltung ist Leuten, die die Sprache und die Interessen der Munizipalbürgerschaft nicht oder nur mangelhaft kennen, anvertraut. Das Bürger- und Wahlrecht ist ganz bedeutungslos geworden, da freie Wahlen zu den Unmöglichkeiten gehören. Bei der verificação (Untersuchung der Rechtsgiltigkeit) ländlicher Besitztitel sind neben einigen Oppositionsmännern nur Nichtlusitaner, besonders Hunderte von Deutschen für Rechteigentümer der von ihnen in gesetzlich gültiger Form gekauften Grundstücke erklärt und gezwungen worden, diese nochmals zu bezahlen. Das Gefühl der Rechtssicherheit ist weiten Kreisen der Bevölkerung verloren gegangen.

Unter solchen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß die europäischen Auswandrercharen kopfscheu wurden und ein Gebiet mieden, wo die vorausgegangnen Scharen zeitweilig eine so schlechte Behandlung erfahren. Dazu kommt noch, daß für wohlhabende Auswanderer des landwirtschaftlichen Standes kommt noch, daß für wohlhabende Auswanderer des landwirtschaftlichen Standes das Kolonisationsverfahren der Regierung ganz ungeeignet ist. Zunächst ist die Gestalt der Koloniegrundstücke unpraktisch, nämlich die sehr langer und schmaler Rechtecke, deren eine Schmalseite an den Verkehrsweg grenzt, während das übrige Land über Berg und Tal wegführt und meist nur zur Bearbeitung mit der Hacke geeignet ist. Dieser Mangel an Rücksicht auf die topographische Beschaffenheit der zu besiedelnden Gegend hält praktische Landwirte, die mit vollkommenen Maschinen arbeiten wollen, fern. Und auch von den mittellosen Einwanderern, die sonst zu der primitivsten Handarbeit Neigung zeigten, wenn

sie nur freie Landeigentümer werden konnten, liefen in neuerer Zeit viele von den Regierungskolonien weg, weil die Behörden die verschiedenen Sprachstämme nicht gesondert, sondern durcheinander gemischt ansiedelten. Man denke sich folgende Reihenfolge der lokalisierten Kolonisten: Deutscher, Italiener, Spanier, Franzose, Pole, Türke, Deutscher usw. Da die Nachbarn einander gegenseitig nicht verstanden, waren Mißverständnisse der Anfang, Mißtrauen, Tätlichkeiten und wohl gar Mord und Totschlag die Folgen. Das Mischvolk lief schnell wieder auseinander, und die einzelnen Sprachstämme suchten sich irgendwo auf Privatkolonien zu konzentrieren.

Endlich herrscht über die Qualität der Einwanderer eine unglaubliche Unwissenheit. Das Bestreben, den zahlreichen Deutschen und Italienern andre Elemente, wie Brasilianer, Polen, Russen, Ungarn, Franzosen und Spanier, beizumischen, mag noch begreiflich sein — vom nativistischen Standpunkt aus; aber was man mit der Begünstigung oder doch offiziellen Zulassung einer Einwanderung von Türken, Arabern und sogar Zigeunern bezweckt, erscheint vollkommen unklar, außer wenn man annimmt, daß der kolonisationspolitische Wert dieser Leute der Regierung vollkommen unbekannt ist. Gegenwärtig herrscht solche Begeisterung für Judeneinwanderung, daß man der jüdischen Kolonisationsgesellschaft nicht nur mancherlei Förderung zuteil werden läßt, sondern sogar von Staats wegen bei der Bundesregierung um die Gewährung von Freipassagen von Europa bis Rio Grande do Sul für jüdische Einwanderer eingekommen ist! Also für alle andern Nationalitäten sind die Freipassagen abgeschafft, für die Juden, die man vermutlich für Landwirte ersten Ranges hält, sollen sie neu geschaffen werden.

Je größer die Mißgriffe sind, die man begangen hat und noch begeht, um so fühlbarer werden die Folgen sein. Schon das in den Kolonialstrichen allgemein gewordne Gefühl der Rechtsunsicherheit, das durch ungefühnt bleibende Gewalttaten lokaler Machthaber immer neue Nahrung erhält, hat Folgen gezeitigt, die der Regierung recht unlieb sein dürften. Während sich früher, als das Bürger- und Wahlrecht den Eingewanderten noch eine gewisse Bedeutung verlieh, die Einwanderer schnell naturalisieren ließen, zeigt sich heute das Bestreben, das Bürgerrecht des Stammlandes beizubehalten, um den Rückhalt des konsularen Schutzes zu gewinnen. Italienern, Schweizern, Österreichern, Dänen, Belgiern, Franzosen u. a. m. fällt das leicht; von den reichsdeutschen Auswandern jedoch pflegt nur ein kleiner Teil in der Lage zu sein, sich daheim mit Pässen zu versehen, die ihnen in der Fremde die Beibehaltung der deutschen Reichszugehörigkeit ermöglichen. Da sich nun aber das Gefühl der Rechtsunsicherheit schnell von den hier ansässigen Deutschen auf die auswandernden Scharen in Deutschland überträgt, so ist damit die Erklärung dafür gefunden, weshalb gerade Rio Grande do Sul eine so auffallend geringe deutsche Einwanderung erhält (in letzter Zeit etwa 150 Seelen jährlich, gegen etwa 500 Seelen, die nach Santa Catharina gingen, wo die Naturalisierten nichts von ihrer ehemaligen Bedeutung eingebüßt haben).

Sa noch mehr. Es begeben sich nicht nur manche neu eingewanderten Deutschen schnell wieder von hier fort nach dem La Plata, sondern es hat sich

sogar in den Koloniestrichen eine Art Auswanderungsbewegung gebildet, die sich nicht etwa aus unbemittelten, sondern aus bemittelten Personen rekrutiert. Nach Angaben, die auf Vollständigkeit keinerlei Anspruch machen können, sind im Laufe der letzten drei Jahre über achtzig deutsch redende Familien aus den hiesigen Kolonien nach Argentinien und nach Paraguay ausgewandert. Achtzig Familien bedeuten bei dem hiesigen Kinderreichtum mindestens vierhundert Köpfe. Die deutsche Auswanderung von hier ist stärker gewesen als die Einwanderung.

Es verdient nochmals ausdrücklich betont zu werden, daß sich im Brasilstaate Santa Catharina die Lage der Eingewanderten und Naturalisierten nicht wesentlich gegen früher verändert und keineswegs verschlechtert hat. Und auch für Rio Grande do Sul muß hinzugefügt werden, daß in einem Lande mit so reichen natürlichen Vorzügen und Hilfsquellen die Anpassungsfähigkeit an verschlechterte wirtschaftliche Verhältnisse so groß ist, daß der Beobachter davon überrascht wird. Die Krise war infolge der Entwertung der frühern landwirtschaftlichen Hauptprodukte groß, aber innerhalb weniger Jahre begann sich vielversprechendes neues Leben zu entwickeln. Die Rindviehzucht, die Schafzucht, und ganz besonders die Schweinezucht und der Reisbau, haben sich auch unter den geschilderten ungünstigen Verkehrs-, Handels- und Steuerverhältnissen noch als recht rentabel erwiesen, und es ist schon erkennbar, daß diese landwirtschaftlichen Richtungen der Produktion ihr zukünftiges Gepräge, ihren bleibenden Charakter geben werden. Auch würde jeder den Brasilianern Unrecht tun, der etwa meinte, daß die Mißstände im Verwaltungs-, Steuer- und Verkehrswesen etwa absichtlich herbeigeführt oder der Bosheit entsprungen seien. Nein, es genügt, ihnen die Tatsächlichkeit dieser Mißstände in einleuchtender Form zu beweisen — was allerdings bei der Kompliziertheit des Gegenstandes oft recht schwierig ist —, und man wird sogleich die einsichtigen Leute für die Abstellung von Übelständen gewinnen. Im Staate Santa Catharina sind eben die munitipalen Ausfuhrsteuern abgeschafft worden, in Rio Grande do Sul ist eine starke Strömung für die Beseitigung der staatlichen Exportzölle bemerkbar, im Verkehrswesen ist manche Erleichterung angebahnt worden, gegen die Mißstände des Küstenschiffahrtsmangels wird offen Krieg geführt, der Bundesfinanzminister hat sich offiziell für die Einführung der Einkommensteuer an Stelle der bisherigen Bundesexportzölle ausgesprochen. Kurz und gut, es ist der Trieb nach Fortschritt, nach Besserung der mißlichen Wirtschaftslage bemerkbar. Und wenn man auch nicht erwarten darf, daß durchgreifende Reformen bald eintreten werden, so steht doch eine Besserung der Verhältnisse in Aussicht. Mit der Hebung der wirtschaftlichen Lage aber wird sich auch die Einwanderung wieder beleben. In Santa Catharina scheint es schon der Fall zu sein.

